

Anfrage 1716/2024 zur Sitzung des Stadtrates am 27.11.2024

Um die Medienstadt Mainz kämpfen (Die Linke)

Begründung:

Zur Zeit werden in der medienpolitischen Landschaft massive Umstrukturierungspläne bezüglich verschiedener Fernsehsender diskutiert, die kurz vor der Entscheidungsreife zu stehen scheinen. Insbesondere der Sender 3sat mit Sitz in Mainz ist davon betroffen. Nach Medienberichten droht eine massive Einschränkung des Programms, gegebenenfalls das Aufgehen in den Sender Arte. Auch die Schließung scheint nicht ausgeschlossen. Somit droht ein empfindlicher Einschnitt in die Medienlandschaft der Bundesrepublik, insbesondere zu Lasten kultureller Themen, also einem wesentlichen Bestandteil des Bildungsauftrags der öffentlich-rechtlichen Sender.

Die Stadt Mainz ist davon besonders betroffen, weil sie insbesondere als Medienstadt wahrgenommen wird und sich mit diesem Attribut schmückt. Für die Stadt würde die Umsetzung der entsprechenden Pläne demnach einen gravierenden nachteiligen Einschnitt darstellen.

Die Stadt Mainz ist in dieser Angelegenheit bisher nicht in Erscheinung getreten. Zwar darf nicht übersehen werden, dass die Stadt in den entsprechenden Entscheidungsgremien nicht vertreten ist, dennoch würde eine Stellungnahme Wahrnehmung finden und diejenigen unterstützen, die sich für eine Erhaltung des Senders und seines Markenkerns Kulturfernsehen in seinem derzeitigen Umfang stark machen und damit auch ein Anliegen der Stadt Mainz verfolgen.

Weiterhin ist mit der Umsetzung der Pläne der Verlust von Arbeitsplätzen zu befürchten.

Wir fragen:

1. Werden die nachteiligen Entwicklungen, die mit den diskutierten Umstrukturierungsplänen einhergehen, von der Verwaltung gesehen? Seit wann?
2. Was hat die Verwaltung unternommen, um die geführte Diskussion zu Gunsten des Medienstandortes Mainz zu beeinflussen?
3. Welche Schritte wird die Stadt Mainz noch unternehmen?

4. Ist der Stadt Mainz bekannt, wie viele Arbeitsplätze durch die Umstrukturierungspläne in Gefahr sind?

Martin Malcherek